

Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet.

Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?

*Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre
grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“
von Professor Dr. Hermann Heußner,
veröffentlicht im **mdmagazin** – Zeitschrift für direkte Demokratie
Ausgabe 2.2019*

von
Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 164.0

Text 164.2

Zwischenbemerkungen

Themen, die mich in der Zeit meiner Schreibunterbrechung bedrängten und verarbeitet werden wollten, dabei einen Umfang annahmen, der es sinnvoll erscheinen ließ, davon einen eigenen Text zu machen.

August 2019

	Seite
Die Ausgangslage	2
Invictus – Unbezungen - der Freiheitskämpfer Nelson Mandela /	
Der Gipfel der G-7-Staaten	2
Zu den eigenen Bemühungen um Klärung	3
Zu Friedrich Müller-Reißmann / Links-Rechts-Schema u. a.	5
Über eine Aussage zu Israel und Palästina	
des Bischofs Hans-Jürgen Abromeit	12
Die Kreuzkirche in Dresden	25 – 35

Die Ausgangslage

Wahrscheinlich ist es so, dass jemand, der sich vornimmt, einen Text über ein spezielles Thema zu schreiben, wünscht, ungestört nach eigenem Rhythmus zu Werk zu gehen. Leider ist das bei mir selten so. Meine Familie, die aus Vielesern besteht, hat keinen besonderen Sinn für meine Schreiberei. Vermutlich, weil sie Zeit kostet, die ich besser mit Arbeiten am Haus und im Garten nutzbringend verwenden könnte. Außerdem ist diese Distanz auch wohl darin begründet, dass ich kein Gelehrter und kein Schriftsteller bin und mich mit Themen beschäftige, die zwar täglich zersplittert ohne erkennbaren Zusammenhänge in den Medien behandelt werden, aber nicht in der Art, wie ich es betreibe, die ohne Ertrag – auch in Form von öffentlicher Anerkennung - für die Familie bleibt. Als ich heute Morgen sagte, dass ich jetzt an meinem Text weiter schreiben will, bemerkte meine Frau richtig, dass ich beim letzten Text doch gesagt hätte, es wäre der letzte. Das stimmt! Und ich weiß auch nicht genau, woraus mein Widerspruchsgeist, der sich gegen das Zeitgeschehen auflehnt, sich nährt.

In der heutigen Ausgabe (26.8. 2019) bringt die HAZ auf der Titelseite ein Bild vom Krisen-Gipfel der G-7-Staaten in dem die nachfolgenden Zeilen eingefügt wurden:

Iran, Handelskrieg, Brexit – zu diskutieren haben die Chefs der G-7-Staaten beim Treffen in Biarritz weiß Gott genug. Aber können sie überhaupt noch irgendein Problem lösen?

Invictus – Unbezungen der Freiheitskämpfer Nelson Mandela

Es ist nicht mehr so, dass es scheinbar so ist, sondern anscheinend. Wir (meine Frau und ich) haben gestern bei ARTE den Film *Invictus – Unbezungen* über den Freiheitskämpfer Nelson Mandela, der eine zentrale Rolle bei der Überwindung der Apartheid in Südafrika spielte, angeschaut. Der Drehbuchautor, lässt Mandela – gespielt von Morgan Freeman- auf die Frage, ob er Südafrika in eine besser Zukunft führen könne, (sinngemäß) antworten. „*Wenn das nicht der Fall wäre, wäre ich nicht der richtige Mann für dieses Amt!*“ Nach dem Film geurteilt beweist er auch, dass seine Worte wahr sind. Mandela ist offensichtlich in der Jahrzehnte langen Haft nicht verbittert, sondern weise geworden.

Mit großer Wahrscheinlichkeit würden die sechs Staatschefs und die Bundeskanzlerin Angela Merken von sich behaupten, dass sie die richtige Person für ihr Amt sind. Der Zweifel an

einer solchen möglichen Selbsteinschätzung ist aber berechtigt. Und überzeugende Ablösungen sind auch nicht in Sicht. Das heißt aber, dass wir zunehmend auf den dritten Weltkrieg zusteuern, wenn die Bürgerinnen und Bürger bei uns und in allen Ländern sich nicht selber aufmachen, bessere Wege, die zu Frieden, Freiheit und ökonomischer Gerechtigkeit in die Zukunft führen, zu suchen oder zu bauen.

Zu den eigenen Bemühungen um Klärung

Zwischendurch sprach ich auch an verschiedenen Tagen mit zwei Freunden über meine Texte. Sie meinten, ich würde zu viele Themen anschneiden und inhaltlich Sprünge machen, die nicht immer leicht nachvollziehbar seien. Ich will dieser Kritik gar nicht widersprechen, nur einwenden, dass ich keine Lehrhefte oder Parteiprogramme schreibe. Ich protokolliere nur meine eigenen Suchergebnisse und lasse, die Menschen daran teilhaben, die selber auf der Suche sind. Dass die Welt und auch menschliche Gesellschaften komplexe Systeme sind, ist eine Binsenweisheit. Was die Orientierung in unserer Welt so schwierig macht, ist die Tatsache, dass die Menschen das, was ihnen das Leben erleichtern oder gar erst ermöglichen soll, so kompliziert gemacht haben, dass sie sich wie ohne Sicht im Nebel bewegen und nicht wissen, wo sie beim nächsten Schritt den Fuß sicher aufsetzen können.

Ich habe überlegt, ob ich den Vorgang durch eigene Erfahrungen verdeutlichen könnte. Mir fiel eine Situation von 1950 ein. Ich fuhr damals als Schiffsjunge auf dem Küstenmotorschiff (KüMo). Wir kamen über den Nord-Ostsee-Kanal von der Ostsee und fuhren die Elbemündung heraus, um durch die Wesermündung und über die Weser nach Brake (ein Hafen an der Unterweser) zu fahren, um Weihnachten zu Hause zu sein. Die Küstenschiffe waren damals mit nautischen Hilfsmittel so bescheiden ausgerüstet, dass bei dem starken aufkommenden Nebel und wechselnden Strömungen im Wasser, eine Orientierung nicht mehr möglich war und daher geankert werden musste. Große Seeschiffe hatten damals schon Radargeräte und konnten sich so auch im Nebel orientieren. Immer dann, wenn ein großer Frachter sich näherte, was wir durch seine Signale hören konnten, haben wir den Anker gelichtet und sind dem größeren Schiff hinterhergefahren. Das wiederholte sich mehrmals, weil wir mit unserem Kümo die Geschwindigkeit des großen Frachters nicht einhalten konnten. Wir haben aber so unser Ziel erreicht und konnten so am Heiligabend bei unseren Familien sein. Sagen will ich damit, dass es auch bei Personen unterschiedliche Grade der Orientierung und Geschwindigkeiten beim Erkennen gibt. Auch hier muss man die möglichen kleinen Schritte des Fortschrittes nutzen, die andere mit besserer Sicht ermöglichen. Dabei sollte man nicht

vertrauensselig dem Vordermann folgen, sondern immer prüfen, ob man selber auch diesen Schritt gehen kann und will.

Ein Gedicht von Hermann Hesse ist mir eingefallen, das nicht den Weg der Erkenntnis, sondern die Situation des Suchenden beschreibt.¹

Seltsam, im Nebel zu wandern!
Einsam ist jeder Busch und Stein,
Kein Baum sieht den andern,
Jeder ist allein.

Voll von Freunden war mir die Welt,
Als noch mein Leben licht war;
Nun, da der Nebel fällt,
Ist keiner mehr sichtbar.

Wahrlich, keiner ist weise,
Der nicht das Dunkel kennt,
Das unentrinnbar und leise
Von allen ihn trennt.

Seltsam, Im Nebel zu wandern!
Leben ist Einsamsein.
Kein Mensch kennt den andern,
Jeder ist allein.

Hermann Hesse, November 1905

ooooo

1 Es stand in einem Gedichtband von Hermann Hesse, das mir die Heimleiterin Elisabeth Popp der Bäuerlichen Volkshochschule Raste im Winterlehrgang 1958/59 mit einer Widmung geschenkt hat. Ich habe es etwa 1973 an eine amerikanische Rucksacktouristin weiter geschenkt als Andenken an unsere Begegnung.

Zu Friedrich Müller Reißmann / Links-Rechts-Schema u.a.

In dieser Schreibpause habe ich Friedrich Müller-Reißmann getroffen. Anfang der 80er Jahre war er Mitautor des Buches „Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“. Auf seiner Homepage ist in einem Eintrag vom 27. Februar 2009 zu lesen:

Friedrich Müller-Reißmann

- geb. 1940 in Greiz/Thüringen
- drei Kinder (34, 32, 30)
- Ost-West-Ost-Biographie:
- Studium Physik (Leipzig, Saarbrücken), ev. Theologie (Tübingen, Bonn), theoretische Informatik (Karlsruhe).
- Langjähriger Mitarbeiter des Pestel-Instituts für Systemforschung, Hannover.
- Schwerpunkte: Systemalternativen und Kriterien zu ihrer Bewertung.
- Systemstudien für Kommunen, Bundestag, Europaparlament.
- Mitbegründer des Öko-Instituts Freiburg.
- Lebt heute in einem Pflegeheim in Berlin.

Weiter erfährt man dort:

Meine Texte sind aus der Sicht eines unabhängigen Außenseiters geschrieben, der es sich leisten kann, die Tragfähigkeit der herrschenden Konzepte für die Zukunft grundsätzlich zu bezweifeln, Moral über Pragmatismus zu stellen und Gegenentwürfe zu denken.

Meine wirtschaftspolitische Grundorientierung ist marktwirtschaftlich und strikt antikapitalistisch und strikt antisozialistisch.

Viele kritische Köpfe schauen nur noch pessimistisch in die Zukunft und begnügen sich damit, die ganze Entwicklung zu bedauern. Ich wünsche mir, dass meine Texte bei einigen dazu beitragen, diese geistige Genügsamkeit zu überwinden und sich wenigstens im eigenen Kopf auf eine grundlegende Alternative einzulassen, bevor man tausend pragmatische Gründe findet, warum die notwendigen Veränderungen sowieso nicht durchsetzbar seien.

http://www.mueller-reissmann.de/?page_id=31

Wie oben zu lesen ist, ist Friedrich Müller-Reißmann 1940 geboren und hat eine Ost-West-Ost-Biografie. Ich habe zuletzt von ihm gelesen: *Rechtspopulismus im Aufwind?* Der Beitrag ist erschienen in der Zeitschrift *Humane Wirtschaft*, Heft 02/2019

(www.humane-wirtschaft.de)

Müller-Reißmann geht aus eigenem Erleben und Nachdenken auf die Bürger in den neuen Bundesländern ein, die scheinbar anders ticken als jene in den alten Bundesländern. Ich gebe unten den Schlussteil wieder und gehe zur Klärung der eigenen Position darauf ein. Aber

vorher nenne einen möglichen Grund für das Anderssein der Ostdeutschen im Vergleich mit den Westdeutschen, den F. M-R. meiner Erinnerung nach nicht benannt hat. Es ist die Zumutung der heutigen politischen Klasse und Medien, dass die Ostdeutschen genauso wie unter der SED-Herrschaft fühlen, denken und sprechen sollen, wie es die Politik ihnen vorgibt. Wenn meine Annahme richtig ist, ist es gut, dass die Ostdeutschen sich anders äußern als die Westdeutschen, die viel zu sehr darauf bedacht sind, im Fahrwasser der politisch korrekten Sprache und Denkweisen zu segeln.

Nun die letzten beiden Spalten von Friedrich Müller-Reißmanns (S. 39) von seinem Artikel:

Zu viele Menschen werden in unserem wachstumsabhängigen System heute ökonomisch zu Verlierern, fühlen sich betrogen, orientierungslos und politisch entmachtet. Da wächst unterschwellig ein Gewaltpotential heran, das sich einmal erschreckend Bahn brechen könnte. Der Rechtspopulismus ist nicht die Krankheit, an dem die Gesellschaft heute leidet, sondern nur ein unerfreuliches Symptom oder ein ganz untauglicher und inhumaner Heilungsversuch, der aber wahrscheinlich noch nicht einmal der gefährlichste ist. Für die größte Gefahr halte ich, wenn sich die Menschen aus der Politik zurückziehen und ihre Wut „in sich hineinfressen“.

Nicht nur aus diesen gesellschaftlichen Gründen, sondern fast noch mehr aus weltpolitischen und ökologischen Gründen, ist heute eine tiefgreifende Kritik am Neoliberalismus überfällig und nicht mehr zum Schweigen zu bringen. Sie wird so oder so unsere Zukunft bestimmen - die Frage ist nur, ob es die Kritik „von links“ oder „von rechts“ sein wird. Ich verstehe dabei „links“ als ein politisches Aufbegehren gegen strukturelle Ungerechtigkeit, was für mich eine unbedingte Achtung der Menschenwürde aller einschließt und Hass als politisches Mittel ausschließt.

„Rechts“ bedeutet für mich ein Gedankengut, in dem die Frage nach sozialer Gerechtigkeit gegenüber der nach der eigenen Stärke in den Hintergrund tritt.

Wenn man die Kritik von links politisch ins Abseits stellt, lächerlich macht, als völlig utopisch diffamiert (wie es massiv gegenüber Bernie Sanders geschehen ist, als er 2016 Präsidentschaftskandidat für die Demokraten werden wollte, und auch der vorherrschende Tenor in unseren Medien ist) und ihr politisch nicht den Rücken stärkt, muss man sich nicht wundern, wenn die Kritik „von rechts“ (Trump, Le Pen, AfD usw.) diese Leerstelle besetzt.

Wenn die „soziale Bewegung“ zu kraftlos, mutlos, zerstritten und intellektuell abgehoben agiert, dann wird die „identitäre Bewegung“ mit populistischen Parolen an Boden gewinnen. Und damit ist nichts für die Lösung der drängenden Probleme gewonnen.²

Ich will hier kurz auf die Begriffe Rechtspopulismus, identitäre Bewegung, Neoliberalismus und die Begriffe links und rechts als politischen Orientierungen oder Haltungen eingehen.

2 Zu dem Thema „identitäre Bewegung“ gibt es hier auch einen Video-Beitrag zu hören:
<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-566431.html>
Andreas Speit, Journalist und Autor, über die "Identitäre Bewegung"

Der Begriff Populismus ist ja vieldeutig³. Dabei ist die negativ eingestufte Form der Übermittlung einer Meldung oder Botschaft wohl immer gegeben. Danach gibt es keinen guten rechten oder linken Populismus. Und auch die Politiker, die für sich die politische Mitte beanspruchen sind nicht frei vom Populismus, wie die nachfolgende Meldung zeigt:

Schwarzer Oktober 2008 „Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind“

Die Deutschen fürchten 2008 um ihr Geld. Deshalb geben Kanzlerin Merkel und Minister Steinbrück eine Garantie. Doch sind die Spareinlagen zehn Jahre später wirklich sicher?

<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/schwarzer-oktober-2008-wir-sagen-den-sparerinnen-und-sparern-dass-ihre-einlagen-sicher-sind-/23130906.html>

War diese Aussage von 2008 eine populistische oder eine Behauptung ohne sichere Erkenntnis? In der Vergangenheit wurde die Unsicherheit und Angst vor Veränderungen genutzt um notwendige Veränderung mit dem Warnruf „Keine Experimente!“ zu verhindern. In Dresden sah ich neulich Plakate, auf denen der Ministerpräsident Kretschmer „auf ein Würstchen“ einlädt. Ist die Wahlwerbung aller Parteien nicht populistisch angelegt? Gibt es eine klare Grenze zwischen einer populistischen Rede und einer in populärer Form? Rechtspopulismus schreibt F.M-R. zu Recht ist ein Symptom und nicht die gesellschaftliche Krankheit. Diese Krankheit wird ausgelöst durch politische Unterlassungssünden, Unübersichtlichkeit und Fehlentwicklungen, die in ihren Ursachen nicht ordentlich analysiert und gestoppt werden.

Mit der identitären Bewegung habe ich mich zu wenig befasst, um mir ein Urteil bilden zu können. Aber Protestbewegungen haben, wenn sie sich in einem Umfeld bemerkbar machen wollen, das die Ursache ihrer Entstehung ist, leicht eine hässliche oder bedrohliche Form, die tatsächlich so ist oder so empfunden wird. Das war am Beginn der grünen Bewegung auch so. Wenn der Verfassungsschutz eine Bewegung beobachtet und auskundschaftet, dann ist aus den Berichten darüber selten erkennbar, ob sie wirklich eine Bedrohung der Gesellschaft sind oder von denen, die die Macht haben, nur als Bedrohung empfunden werden.

Die Identität von Personen, von Gruppen oder ganzen Gesellschaften entspringt einem natürlichen Bedürfnis. Und der Nachweis der persönlichen Identität wird von den meisten Staaten durch Passgesetze erzwungen. Ich habe weiter oben auf den Film „Invictus – Unbezungen“, der einen Ausschnitt von Nelson Mandelas Wirken erzählt, hingewiesen. Mandela be-

³ <https://de.wikipedia.org/wiki/Populismus>

nutzte nach der Überwindung der Apartheid die Rugby-Weltmeisterschaft, um den schwarzen und weißen Südafrikanern eine neue gemeinsame Identität zu verleihen. In der HAZ vom 21. 8. 2019 ist unter dem Titel „Im Kopf des Brexiteers“ zu lesen:

Viele Brexit-Befürworter in Großbritannien ahnen, dass der Weg, den sie eingeschlagen, unvernünftig ist: Es geht um Zusammenhalt, Patriotismus, Identität.

Das Bedürfnis nach Identität äußert sich in ungezählten Erscheinungsformen und verträgt sich durchaus mit der Einsicht der Menschen, nur ein Teil einer größeren Einheit oder der Weltgemeinschaft zu sein. Die Bedingung ist aber, dass gesellschaftliche Veränderungen ein gemächliches Tempo haben, kein kultureller Einheitsbrei angestrebt wird, keine Notstände herrschen und der Neigung der Menschen (Adam Smith spricht von Grundeigentümern) dort zu ernten, wo sie nicht gesät haben, ein Riegel vorgeschoben wird, statt dieser Neigung Tür und Tor zu öffnen. Das schließt die Nächstenliebe, die echte Solidarität nicht aus. Diese zu praktizieren, ist aber keine Aufgabe des Staates und wenn er sich in diesem Feld trotzdem bewegt, dann bitte zulasten des Verteidigungsetats, denn mit Verteidigungsmaßnahmen nicht-militärischer Art biete man den Bürger mehr Schutz als mit militärischen.

Bei der Verfremdung der eigenen Identität spielt heute ja nicht nur der Zuzug von Fremden mit abweichender Prägung eine Rolle, sondern auch die Verfremdung der Sprache durch die Dominanz des Englischen, durch die rasante Folge neuer Techniken und die mangelnde Verständigungsmöglichkeiten mit den Fremden. Auch das Gefühl, im Zeitgeschehen nur noch ein Objekt von staatlichen und unternehmerischen Bürokratien zu sein, nimmt den Menschen die Würde sich als handelndes Subjekt Herr der Situation und Abläufe zu verstehen.

Zum Neoliberalismus: Weil die Wissenschaft, die Politik und die Medien keine einleuchtenden Erklärungen für die Bedrängnisse und die Not der Menschen in der Welt geben, aber es dafür eine Ursache geben muss, geben die Menschen den nicht begriffenen Ursachen selber einen Namen. Und dieser Name lautet *Neoliberalismus*. Nach meiner Wahrnehmung wird er nicht im Sinne einer notwendigen rationalen Kritik verwendet, sondern so wie der Name *Jude* in der Zeit der Weimarer Republik, als der allgemeinen Öffentlichkeit nicht der sozial-ökonomische Murx, den die demokratischen Parteien lieferten, erklärt wurde. Dieser Gebrauch eines Begriffes, der nichts mehr erklärt, ist durchaus gefährlich, weil der die Vorstellung mit transportiert, gesellschaftliche Freiheit sei nicht möglich, ein starker Mann oder eine starke Frau müsse es richten. Unter geht bei dieser oberflächlichen Kritik des Neoliberalismus

lismus, dass am Beginn der BRD ein Neoliberalismus als Leitidee stand, der fast das Gegenteil von dem meinte, was heute unter diesem Begriff verhandelt wird. Deshalb spreche ich vom Neoliberalismus erster und zweiter Prägung. Das ist aber noch kein Grund den einen in den Himmel zu heben und den anderen in die Hölle zu verbannen. Ein Blick in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre genügt, um zu begreifen, dass die Begründer von wirtschaftlichen Lehren sich immer um das Wohl des Ganzen bemühten und dabei von einem Irrtum zum andern hüpfen. Die Überwindung der ökonomischen Fehler hängt aber auch von der Verfassung der Wissenschaft und von der Wachheit oder Schlafmützigkeit der Bürger ab, besonders von jenen, die ihre Bildung wie ein Schmucktuch vor ihrer Brust tragen.

Zu den Begriffen *links* und *rechts* als politische Orientierungen oder Haltungen:

Den Satz „*Ich verstehe dabei „links“ als ein politisches Aufbegehren gegen strukturelle Ungerechtigkeit, was für mich eine unbedingte Achtung der Menschenwürde aller einschließt und Hass als politisches Mittel ausschließt.*“ von Friedrich Müller-Reißmann kann ich in dieser idealisierter Form auch für mich akzeptieren und er war auch der Ausgangspunkt meiner politischen Entwicklung. Mir fehlt aber besonders heute bei dem Hinweis auf die bestehende strukturelle Ungerechtigkeit der weitere Verweis auf die strukturelle Unterdrückung der Freiheit, denn ohne Freiheit ist die ökonomische Gerechtigkeit ein Blindgänger.

Mit dem Satz >„Rechts“ bedeutet für mich ein Gedankengut, in dem die Frage nach sozialer Gerechtigkeit gegenüber der nach der eigenen Stärke in den Hintergrund tritt.< wird man den Rechten wohl nicht gerecht. Dabei will ich gar nicht infrage stellen, dass man die Rechten so sehen kann. Ich bestreite nur, dass man mit dem Links-Rechts-Schema überhaupt noch eine sinnvolle Aussage machen kann. Soviel ich weiß, ist die politische Bezeichnung „links“ für eine progressive Haltung und „rechts“ für eine konservative Haltung aus der selbstgewählten Sitzordnung der Abgeordneten in einem französischen Parlament entstanden. Diese Aufteilung dürfte schon in ihrer Entstehungszeit ungenau gewesen sein, weil die Einstellungen zur Politik und ihren Sachthemen viel individueller und differenzierter gewesen sein dürfte, als es das Links-Rechts-Schema zum Ausdruck bringen kann. In meinem Text 153 „Ein paar Gedanken oder Hinweise auf die Entstehung der grünen Partei und ihren Auftrag ...“ vom Januar 2018 heißt es:

Als die Grünen gegründet wurden, war den meisten Gründern klar, dass eine neue Politik nicht mit dem alten Links-Rechts-Schema erreicht werden

kann, darum hieß es damals „Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern wir sind vorne!“ oder so ähnlich. Wer heute noch linke Politik als gute Politik an den Wähler vermitteln will, der übersieht, dass unter „linker Politik“ nicht weniger Murks und Mord geliefert wurde, wie unter „rechter Politik“. Und wer beide Positionen vermeiden will, hat keine Chance, sein politisches Versagen und seine Schuld dadurch zu vermeiden, dass er sich in die politische Mitte rettet, denn das meiste an politischen Fehlentwicklungen, die zu beklagen sind, sind das Ergebnis des Handelns der „politischen Mitte“.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/153.0.Tod.von.H.Lippelt.Zustand.der.Gruenen.pdf>

Es dürfte auch schwierig sein, genau zu messen, wo der Hass auf politisch Andersdenkende schwächer oder größer ist: bei den „Linken“, den „Rechten“ oder „Mittigen“. Und wo eine politische Mitte definiert wird, muss es auch logischerweise Abweichungen geben, mögen sie links, rechts oder anders bezeichnet werden. Das Erscheinungsbild und die Stärke der Ränder sind somit auch ein Qualitätsmerkmal der politischen Mitte. Auch wenn man den Begriff *konservativ* als Maßstab wählt, wer ist da von unseren politischen Parteien noch fortschrittlich? Der Konservatismus der Linken hat doch nur einen abweichenden Charakter von dem der Rechten. Und wo sich ein gesellschaftlicher Fortschritt einstellt, ist dieser meiner Wahrnehmung nach selten das Ergebnis eines klugen, politischen Wollens der im Bundestag vertretenen Parteien, sondern Lücken, die von ihrer Gesetzgebungsmanie gelassen werden, zu verdanken. Ich denke wir haben Grund unser ganzes System der indirekten und direkten Demokratie neu zu durchdenken, auch für die Europaebene. Auch wäre es sinnvoll ein anderes Schema als „links“ und „rechts“ für die Einordnung politischer Positionen zu wählen. Mir ist da das Bild der Kompassrose eingefallen, mit entsprechenden Merkmalen ausgestattet würde sie ein differenziertes Bild ermöglichen, besonders dann, wenn für jeden Politikbereich eine neue Kompassrose aufgelegt würde.

Auch das Thema > „soziale Bewegung“ zu kraftlos < im letzten Absatz von F.M-R. ist wichtig. Mein Eindruck ist, dass es bei den Bewegungen häufig nur auf die Zahl der Zustimmungen ankommt, die ein Problem in den Medien oder in einer Petition benannt wissen wollen. Bevor überhaupt eine Analyse der Ursachen eines Problems begonnen werden kann, wird schon zum nächsten Problem gesprungen. Zum Beispiel zum Thema Klimawandel. Auch wer den Klimawandel und den Menschen als (Mit-)Verursacher akzeptiert, muss doch a) fragen, was hat den Klimawandel in vergangenen Zeiten ausgelöst, als noch keine fossilen Brennstoffe verbrannt wurden? b) Auch wenn man es für selbstverständlich hält, zur Erreichung von Klimaschutzzieleen erst vor der eigenen Tür zu kehren, ist bei ei-

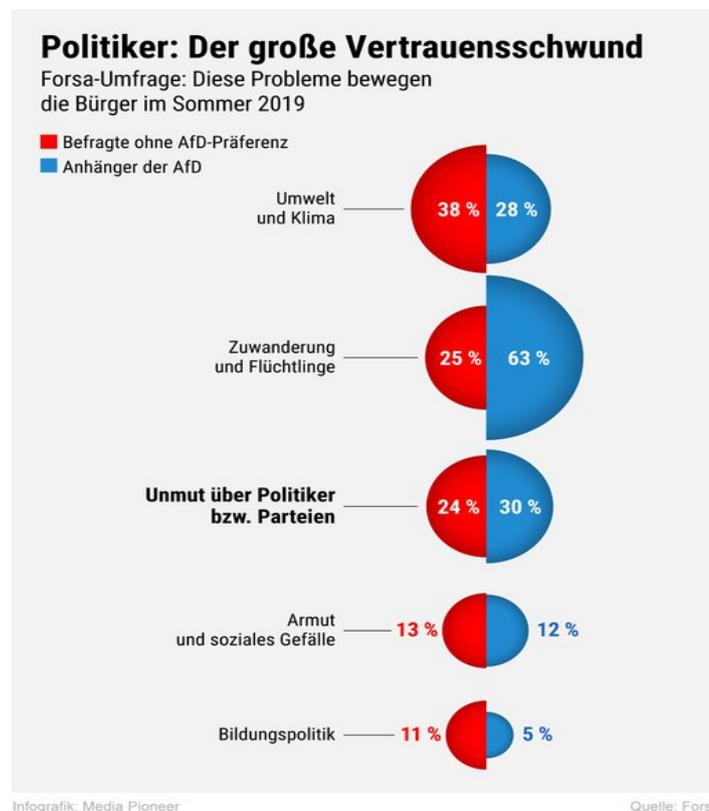
nem Weltproblem doch zu fragen, ob eine nationale Anstrengung erfolgreich sein kann?
c) Auch durch eine internationale abgestimmte Aktion, ist der alte Stand des Klimas nicht wieder herzustellen. Also ist doch zu fragen: Wie bereiten wir uns national und international auf die neue Weltlage vor, damit der Klimawandel nicht einen globalen Krieg der Völker um einen Raum zum Überleben ausbricht?

Die folgende Aussage im Morning Briefing vom 28. 8. 2019 von Gabor Steingart ist daher nicht unbegründet:

Die **Klimaaktivistin Greta Thunberg** hat mit ihrer „Fridays for Future“-Bewegung die deutsche Debatte geprägt. Derweil sind die USA aus dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz ausgestiegen. Die Regierungen in Peking und Neu-Delhi denken gar nicht daran, ihren CO₂-Ausstoß zu limitieren. Im Gegenteil: China plant sogar den Bau neuer Kohlekraftwerke.

Der deutsche Öko-Aktivismus komme einer **Selbstbeschädigung** gleich, sagt **Natalie Mekelburger, Chefin des Autozulieferers Coroplast**. Zuweilen hätte sie das Gefühl, es fände eine „**Gehirnwäsche** unter dem Motto: Rettet den Planeten“ statt.

Aus dem Morning Briefing vom 27. 08. 2019 von Gabor Steingart.



Aus: Steingarts Morning Briefing vom 27.08.2019

Zu einer Aussage über Israel und Palästina des Bischofs Hans-Jürgen Abromeit

Ein Nachbar aus Kindertagen in meinem Geburtsort, zu dem ich im Alter wieder Kontakt gefunden habe, schrieb mir per E-Mail:

... Was ist los mit Bischof Abromeit? (s. Anlage). Hörte einen sehr kritischen Bericht im Deutschlandfunk und suchte dann dazu den Bericht in der Anlage. So kann es nicht gehen in dieser Position. ...

Die Ergänzung:

Hallo! Er mag ja recht haben, aber es wird nicht verstanden. Für die Juden in Deutschland gilt aber: right or wrong, my country. Das kann man verstehen, da sie überall sonst auf der Welt der Gefahr von Verfolgung ausgesetzt sind.

Meine Antwort:

Danke für die Weiterleitung des Berichtes. Bischof Abromeit kennt Israel aus eigener Anschauung. "Abromeit studierte in [Wuppertal](#) und [Heidelberg Evangelische Theologie](#). Sein [Vikariat](#) absolvierte er in Heidelberg und [Jerusalem](#)." (https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-J%C3%BCrgen_Abromeit)

Mit der Israelpolitik hat Deutschland sein schlechtes Gewissen auf Kosten der Palästinenser beruhigt. Vielleicht schreibe ich später dazu einen Kommentar.

Darauf die Antwort:

Danke für die Zeilen, lieber Tristan. Sehe ich ähnlich, aber verstehe die Juden. Von einem Kommentar, den Du eventuell schreiben willst, rate ich Dir ab. Wir Deutschen haben in diesen Fragen keine Möglichkeit einzugreifen. Wir werden missverstanden und säen Hass und Enttäuschung. Die Schuld ist zu groß! Herzliche Grüße

Und hier ein Link zu einem Bericht über die Reaktionen auf den Vorgang:

<https://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/wegen-israel-rede-nordkirche-distanziert-sich-von-bischof-abromeit>

Der Rat, einen Kommentar zu diesem Vorgang nicht zu schreiben, ist zwar gemessen an der politischen Situation, in der das geschehen würde, klug, aber die Befolgung wäre eine Unterstützung des Antisemitismus, der ohnehin durch die offizielle Politik – die gegen ihre eigene Zielrichtung wirkt – gefördert wird. Ich versuche es nachfolgend klar zu stellen und beanspruche dabei nicht, dass ich ein Monopol auf die richtige Sicht habe. Aber vorab zur Klärung der eigenen Position:

In meiner biografischen Notiz habe ich geschrieben:

Da Abromeit soviel heißt wie Abrahams Sohn und Abraham auch ein jüdischer Familienname ist, kann ich mir zumindest einbilden, ich sei auch jüdischer Abstammung. Das vermittelt mir ein positives Gefühl, weil es die genetische Vielfalt, die ich verkörpere, noch vergrößern würde.

<http://www.tristan-abromeit.de/biographie.html>

Irgendwo an andere Stelle habe ich geschrieben, dass ich selbstverständlich einen Juden verteidigen würde, wenn er nur deshalb angegriffen würde, weil er ein Jude ist. Diese Verteidigung kann heute nur noch mit dem Kopf erfolgen, weil die Körperkräfte im Schwinden sind. Auch wenn es die blinden Philosemiten nicht verstehen, die nachfolgenden Zeilen verstehe ich als einen Einsatz gegen den Antisemitismus, der durch die offizielle deutsche Politik gefördert wird. Wer jüdische Menschen und die israelische Politik nicht für kritikwürdig und Juden damit über andere Menschen stehend hält, gefährdet dadurch die Juden. Wie verheerend es wirkt, wenn eine Hierarchie der Wertigkeit der Menschen gebildet wird, sollten gerade wir Deutschen nicht vergessen haben.

Mit der Freiwirtschaftsschule vertrete ich eine Ökonomietheorie, die nicht die Ursachen für die immer wiederkehrenden ökonomischen Verwerfungen in Eigenschaften oder Fehlern von Personen sucht oder beschreibt, sondern diese in Systemfehlern der marktwirtschaftlichen Ordnung verortet hat. Silvio Gesell, der Begründer dieser Schule nimmt ausdrücklich die Juden vor der Unterstellung in Schutz, sie seien die Verursacher der ökonomischen Misere.

Werner Onken setzt sich ausführlich mit dem Thema auseinander. Siehe:

Das Verhältnis der Geld- und Bodenreformbewegung zum Judentum und zum Antisemitismus

<https://www.sozialoekonomie.info/kritik-antwort/kritik-antwort-3-antisemitismus-in-der-geld-und-bodenreformbewegung/kritik-antwort-3-3-werner-onken-das-verhaeltn.html>

In dem Artikel >Antisemitismus: "Der Jude Eisner"< vom 6. Februar 2019 von [Ralf Höller](#) ist zu lesen:

Vorurteilsbeladene Äußerungen sind sogar von dem Linken Silvio Gesell, in der Räterepublik Volksbeauftragter für Finanzen, überliefert: "Die Juden", schrieb er, "beschäftigen sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und es ist klar, daß diese Vorrechte des Geldinhabers darum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen." Allerdings ist dem Begründer des Negativzin-

ses und der Theorie des "Schwundgeldes" nicht pauschal Antisemitismus vorzuwerfen. In einer programmatischen Frühschrift, aus der auch das obige Zitat stammt, bedient Gesell zwar Klischees, äußert sich aber auch in gegenteiliger Hinsicht: Sein Geldreform-Modell schütze die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sichere ebenso der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes.

<https://www.zeit.de/2019/07/antisemitismus-kurt-eisner-freistaat-bayern-rechtsextremismus-attentat/komplettansicht>

Aus Gesells Hinweis kann man nur dann eine „vorurteilsbeladene Äußerung“ ableiten, wenn er das Verhältnis der im Geldgeschäft tätigen Juden zu den Juden gemeint hätte, die durch andere Tätigkeiten ihr Brot verdienen. Aber er hat offensichtlich das Verhältnis der Juden und Nichtjuden im Geldgeschäft im Blick. Er sagt an andere Stelle auch, dass es egal ist, ob ein Christ oder Jude die Fehler im Geldsystem für sich nutzt. An noch anderer Stelle verweist er auf den geschichtlichen Hintergrund dieser Neigung der Juden zum Geldgeschäft. Der besteht nämlich in den Berufsverboten, in der Sperre zum Zugang zu den „ehrlichen“ Berufen in vergangener Zeit. Und hier liegt doch auch eine wesentliche Ursache für den Antisemitismus. Die über Jahrhunderte negativen Wirkungen der Fehler im Geldsystem wurden fälschlicherweise den persönlichen Eigenschaften der Juden zugeschrieben. Gesell ist der erste Ökonom, der sagte, das diese Zuschreibung ungerecht und unsinnig sei. Und warum hätte Gesell – wenn er Vorurteile gegen Juden gehabt hätte – wohl seinem bodenreformerischen Projekt den Titel *Freiland* gegeben? Es ist der Buchtitel des Juden Theodor Hertzka⁴ von 1892, der darin ein soziales Zukunftsbild beschreibt und glaubt, die vom Beginn der Nationalökonomie an gesuchte Lösung des ökonomischen Problems gefunden zu haben.

Ich bin mit dem Bischof Hans-Jürgen Abromeit nicht verwandt. Der Name Abromeit verweist nur auf die ostpreußische-litauische Herkunft. Ich habe ihn nur einmal vor etwa 10 Jahren in Greifswald zwischen „Tür und Angel“ gesprochen. Aber das spielt hier auch keine Rolle. Für das, was er laut dem Bericht von der Internetseite *katholisch.de* vom 05.08.2019 unter dem Titel

4 Siehe zu Hertzka: https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Hertzka
....Anhänger. [Franz Oppenheimer](#), [Gustav Lilienthal](#) und sein Bruder [Otto](#) gehörten dazu. In mehreren Ländern bildeten sich „Freiland-Vereine“. Die noch heute existierenden Projekte [Obstbaugenossenschaft Eden](#) (1893) und Siedlungsgenossenschaft [Freie Scholle](#) (1895) waren bei ihrer Gründung deutlich vom Gedankengut des Buches beeinflusst. Ein Umsetzungsversuch am Originalschauplatz (Kenia) im Februar 1894 scheiterte allerdings...
... Die Freilandsutopie ist durch die Ansichten [Eugen Dührings](#) beeinflusst^[1], der in Kapitalzins und Bodenrente die Übel des bestehenden Wirtschaftssystems sieht. ...

"Völlig unangemessen"

Wegen Israel-Rede: Nordkirche distanziert sich von Bischof Abromeit
Der evangelische Bischof Hans-Jürgen Abromeit hat eine "Überidentifikation" der Deutschen mit dem Staat Israel kritisiert – und steht dafür nun selbst in der Kritik. Während sich seine Kirche von ihm distanzierte, meldete er sich erneut zu Wort.

gesagt haben soll, hat er ungefragt meine Zustimmung.

<https://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/wegen-israel-rede-nordkirche-distanziert-sich-von-bischof-abromeit>



Es heißt dort:

Die evangelische Nordkirche hat sich von den Äußerungen ihres Bischofs Hans-Jürgen Abromeit distanziert, nachdem dieser [in einem Vortrag von einer "Überidentifikation" Deutschlands mit dem Staat Israel gesprochen hatte](#). Landesbischöfin [Kristina Kühnbaum-Schmidt](#) nannte die Formulierung "völlig unangemessen". "Es handelt sich bei dem Vortrag von Bischof Abromeit um seine persönliche Meinungsäußerung.

Es ist immer schwierig als Mitglied einer Organisation (und Kirchen sind Organisationen, auch wenn die Kirchenleute den Begriff nicht gerne hören) sich zu öffentlichen Angelegenheiten zu äußern, weil das, was ein einzelnes Mitglied sagt und was die Mehrheitsmeinung ist, zwei völlig verschiedene Inhalte haben kann. Aber wer in eine Führungsrolle gewählt oder berufen wurde, dem muss man auch eine angemessene Meinungsführerschaft zubilligen, u. z. solange der Vortragende die Minderheitsmeinung von der Mehrheitsmeinung unterscheiden kann und zum Ausdruck bringt. Das gilt besonders, wenn in einem Kreis von Menschen gesprochen wird, die ein gemeinsames Anliegen haben. Und jede Änderung in der Mehrheitsmeinung ist mit Reibungsverlusten verbunden. Ich bin aus diesem Grunde heute in

keiner Partei und keinem Verein Mitglied mehr. Wenn Mitgliedschaften dazu führen, die eigene Wahrnehmung oder Erkenntnisse zu leugnen, soll man sie meiden.^{5 6}

Ob die Aussage „*völlig unangemessen*“ der Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt eine Spontanreaktion war oder ein Ergebnis ruhiger Überlegungen, weiß ich nicht. Als abgewogenes Urteil ist es eine Fehleinschätzung, die den zunehmenden Antisemitismus mehr fördert als sie ihn bremst. Weiter ist zu lesen:

Der Greifswalder Bischof hatte in einem Vortrag am 1. August während der Jahreskonferenz der Evangelischen Allianz in Deutschland in Bad Blankenburg von einer "Überidentifikation mit dem Staat Israel" gesprochen. Repräsentanten der Bundesrepublik gingen so weit, das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israel zur Staatsräson für Deutschland zu erklären. Da sich der Staat aber als jüdischer Staat verstehe, folge daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.

Ist es nicht wahr, was der Bischof sagt? Das besonders Schlimme daran ist, dass das Parlament und die Regierung ihre Israel-Politik mit dem Begriff Staatsräson verteidigen und gegen die Kritik abschotten, der aus der Mottenkiste des Obrigkeitsstaates stammt und das Demokratieprinzip verrät. Wer diesen Begriff zur Verteidigung seiner Politik benutzt, sollte umgehend von seinem Mandat oder Amt abgewählt werden.

Der israelitischen Politik einen uneingeschränkten Schutzschild zu bieten, der bei Inanspruchnahme Deutschland leicht in einen Krieg hineinziehen und der nicht im deutschen Interesse liegen kann, ist wahrscheinlich verfassungswidrig. Grundgesetz: Artikel 26:

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

5 Daher sollten Theologen vor ihrem Studium etwas lernen, was sie im Konfliktfall mit Glaubensinhalten oder der Organisation Kirche die Möglichkeit gibt unabhängig von der Kirche ihr Brot zu verdienen.

6 Nachtrag: Von einem Fall mit ähnlicher Problematik aber im militärischen Bereich berichtet die HAZ vom 29. 8.- 2019. „Nun hat aber ausgerechnet der Kommandeur des Zentrums Innere Führung, Reinhardt Zudrop, Ärger bekommen – weil er sich zu sehr wie ein Staatsbürger benommen und vor der AfD gewarnt hat.“ Wenn ein Amtsinhaber nur das sagen darf, was sein Amt in gebietet und nicht was er als Person denkt, dann läuft das auf eine Sabotage von Art. 5 GG in der die Meinungsfreiheit garantiert wird. Ein Satz wie: „Die Politiker lügen uns doch die Hucke voll!“, hat doch seine Ursache darin, dass dem Publikum der Unterschied zwischen der amtlichen Sprachregelung oder auch Amtsneutralität und der persönlichen Einstellung des Sprechers nicht genügend vermittelt wird. Auch ein General muss in seiner Funktion sagen können, dass er die AfD nicht für wählbar hält, aber er muss ergänzen, dass seine Zuhörer das selbstverständliche Recht haben, sich darüber ein anderes Urteil zu bilden.

Ein solcher Pakt könnte höchstens mit einer Volksabstimmung legitimiert werden und das noch mit einer Dreiviertelmehrheit.

Unter Katholisch.de ist auch zu lesen:

Der Greifswalder Bischof, der für den Sprengel Mecklenburg-Vorpommern zuständig ist, hat sich bereits in der Vergangenheit ähnlich geäußert. So sagte er im Jahr 2016 der "Mecklenburgischen und Pommerschen Kirchenzeitung", die Deutschen seien tief in den Nahost-Konflikt verwickelt, weil sie Verantwortung für die Verfolgung und Vernichtung von Millionen Juden übernehmen müssten. Nur durch die Judenverfolgung sei die Einwanderung nach Palästina so groß geworden, dass dort ein eigener Staat entstehen konnte. "Wir dürfen aber diese Verantwortung nicht zulasten des anderen, im gleichen Land lebenden Volkes, der Palästinenser, wahrnehmen", hatte er damals gesagt. (epd)

Hat hier der Bischof etwas Falsches gesagt? Ich habe vor Jahrzehnten einmal einen Bericht von einem Nazi-Spitzel gelesen, der die Aufgabe hatte, herauszufinden, wie die deutsche Vertreibungs- und Verfolgungspolitik der Juden in Palästina aufgenommen wurde. Die Antwort lautete nach meiner Erinnerung: „Die Zionisten, die einen eigenen Staat gründen wollen, kommentieren es wohlwollend, weil es ihnen bei der Realisierung ihres Planes hilft.“ Meine Erinnerung kann unkorrekt sein oder das Gelesene kann Propaganda sein. Aber so wie es dem Sicherheits- oder Verteidigungspolitiker hilft, einen höheren Etat durchzusetzen, wenn wirklich Terroranschläge passieren oder eine bedrohliche militärische Lage eintritt, so hat es auch den Zionisten in Palästina bei der Verwirklichung ihrer Idee geholfen, dass flüchtende und vertriebene Juden, die der Verfolgung entkommen waren, bei ihnen einen sicheren Hort suchten. Und die Angst um das eigene Leben und das der Familie treibt eben mehr an als das Versprechen eines besseren Lebens in der Zukunft zieht.

In der schon benannten Arbeit von Werner Onken über „**Das Verhältnis der Geld- und Bodenreformbewegung zum Judentum und zum Antisemitismus**“ hat er seinen Ausführungen folgendes Zitat voran gestellt:

„Im Zusammenleben der Völker und innerhalb der Geschichte der Menschheit haben wir einen Anspruch darauf, ‚ein Volk wie alle Völker‘ und Menschen unter Menschen zu sein.“

Hannah Arendt am 5. Juni 1942

Diese Aussage ist ohne Zweifel voll berechtigt. Sie wird nur dann zum Problem, wenn sie, wie folgt, ergänzt wird: ... haben einen Anspruch darauf, ein Volk mit eigenem Land wie alle Völker zu sein. Wenn schon alle Siedlungsflächen der Welt mit einem Volk (einer Gesellschaft) besetzt sind und man sich nicht mit einem anderen Volk auf eine Teilung oder auf eine gemeinsame Nutzung einigen kann, bedeutet eine solche Forderung natürlich Krieg. In früheren Zeiten haben Völker, die ein neues Siedlungsgebiet suchten und auf andere Völker trafen, diese totgeschlagen oder vertrieben. Vielleicht haben sie sich – was zu hoffen ist – in der Mehrzahl der Fälle einfach vermischt. Gab es für die geschundenen Juden nur die Möglichkeit zu ihrem Recht zu kommen, in dem sie einem anderen Volk das gleiche Recht nahmen und es in Elend stürzten?

Es hat ja sicher eine Vielzahl von Versuchen gegeben, die Juden und Araber in einem Land das gute Leben ohne Feindschaft zu ermöglichen. Von einem dieser Versuche habe ich 1971 erfahren. Ein paar Informationen mit dem Titel GESELLSCHAFT FUER NAH-OST-KONFOEDERATIONc/o Joseph W. Abileah, 55A Hillel Str., Haifa-33728 (Israel) Tel.521794RUNDBRIEF FUER MITGLIEDER UNDFREUNDE habe ich unter <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.2.2%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Anhang%20S.53-75%20Form%208.06.pdf> dokumentiert.

Ich habe nie gehört, dass der Bundestag oder die Bundesregierung diese Bemühungen unterstützt haben. Ich habe immer den Eindruck gehabt, dass unsere politische Klasse die Schuld der Deutschen inhalieren und die Tilgung dieser Schuld durch eine zweifelhafte Politik erreichen wollte und will, und zwar nur, um sich als die guten Deutschen präsentieren zu können. Dafür, dass sie durch dieses Verhalten auf Regierungsebene den Deutschen eine neue Schuld aufluden, hatten und haben sie kein Gespür.

Ich wusste gar nicht mehr, wann mein eingeschlafener Kontakt zu Joseph W. Abileah entstanden ist und habe nachgeschaut und ich füge die ersten drei Schreiben unseres Briefkontaktes ein.⁷

7 Viel später erfuhr ich, dass Georg Otto – der Hauptinitiator der grünen Partei mit Israel-Erfahrung – einen direkten Kontakt mit Abileah hatte. Und in einem Nachruf auf den verstorbenen Fritz Andres, Jurist, Mit-Unternehmer in einer Privatbrauerei, Kenner der Bodenrechtsproblematik und Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung, las ich, dass er auch an einer gemeinschaftlichen Wasserordnung von Israelis und Palästinensern gearbeitet hat. Der Beitrag dürfe auch unter www.cgw.de

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT 1950 e.
V.

NIEDERSACHSEN-ZWEIG

Niedersachsen-Zweig der SG 1950 / 3 Hannover-Kleefeld, Kaulbachstraße 25

Herrn
Joseph W. Abileah
55-a Hellel Street
Haifa / Israel

Hannover, den 13. 8. 1971

Sehr geehrter Herr Ablileah,

vorgestern entdeckte und las ich ihre „Fragen und Antworten bezüglich Nah-Ost Konföderation“ in den „Darmstädter Blättern“ 5/71. Es ist die erste vernünftige Argumentation, die ich zum Nah-Ost-Problem gelesen habe. Und ich hoffe, daß ich nicht nur so urteile, weil sich meine eigenen Gedanken in den Ihren widerspiegeln.

Heute las Ich die wohl als Vorspann gedachten Berichte von Fraut Schenk und Reinhard Guischard in der gleichen Ausgabe der „Darmstädter Blätter“ Ich muß mein Urteil "vernünftige Argumentation“ durch (*mit*) „sympathische Haltung“ ergänzen“.

Da ich durch Sie (und den Mittelsmann Ihrer Gedanken) eine Freude erfuhr, habe ich überlegt, ob ich Ihnen eine kleine Gegengabe machen könnte. Mir sind dann zwei Beiträge zu Ihrem Thema eingefallen: 1. ein Artikel von Elimar Rosenbohm aus der Zeitschrift „mensch technik gesellschaft“ mit dem Titel „Supranationale oder föderative Europapolitik“; 2. ein Kapitel aus dem Buch „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ von Silvio Gesell mit dem Titel „Freiland, die eherne Forderung des Friedens“.

Ich sende Ihnen Kopien dieser Beiträge als Drucksache und füge Inhaltsverzeichnisse der Zeitschriften „Fragen der Freiheit“ und „mensch technik gesellschaft“ hinzu.

Ich wünsche Ihnen Mut und Wirksamkeit.

Mit freundlichem Gruß
gez. Tristan Abromeit

(Abschrift im August 2019)

Durchschriften an: Verlag Darmstädter Blätter und Frau Marie Schenck

Joseph W. Abileah
55A Hillel St.
Haifa - 33728 (Israel)
Haifa, den 4. Juni, 1972

Herrn
Tristan Abromeit
Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.
Niedersachsen- Zweig
Kaulbachstrasse 25
3000 Hannover-Kleefeld

Lieber Herr Abrorneit,
Ich habe mich für Ihren 1. Brief vom 18.8.71 und die nachgesandten Kopien zweier Beiträge noch nicht gehörig bedankt. Das möchte ich heute tun, mit der Bitte) mir mein Versäumnis zu entschuldigen.

Beim Eintreffen der Schriften war ich im Auslande und hatte erst viele Monate später Gelegenheit, diese zu studieren. Ausser der Bestätigung vieler meiner Ansichten konnte ich daraus viel Neues lernen und ich danke Ihnen daher nochmals ganz herzlichst für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit gesonderter Post sende ich Ihnen meinen Artikel über eine Nah-Ost Konföderation, einen Reisebericht und einen Rundbrief unserer Gesellschaft für Nah-Ost Konföderation, die kürzlich hier gegründet wurde. Mit König Hussein's Föderations-Vorschlägen, und trotz seiner Mängel, rückt die Verwirklichung unserer Vorschläge immer näher und wir haben immer mehr Unterstützung. König Hussein selbst ist mit mir durch Mittelmänner in Verbindung und wir vernachlässigen auch nicht den Kontakt mit den Gruppen der arabischen Freiheitskämpfer, die letzten Endes ein Wort bei der Gründung des Palästinensischen Mitgliedstaates zu reden haben werden.

Im September d.J. fahre ich wieder ins Ausland, um den Vorsitz des Israeli-arabisch-deutschen Treffens im Internationalen Freundschaftsheim, Bückeburg, zu übernehmen. Die Daten sind vom 12. bis 24. September und Sie können Einzelheiten durch das Freundschaftsheim per Adresse 4967 Bückeburg, Mindener Strasse, erfahren. Es wird mich freuen, wenn Sie selbst oder Vertreter Ihrer Gesellschaft auch an dem Seminar teilnehmen werden. Nachdem werde ich bis zum 20. Oktober in Europa bleiben, um in Deutschland und anderen Ländern Vorträge zu halten.

Ich werde jedenfalls die Gelegenheit benützen, Sie in Hannover aufzusuchen und persönlich kennen zu lernen.

Es grüsst Sie mit besten Friedensgrüssen, Ihr
gez. Joseph W. Abileah

(Abschrift im August 2019)

oooooooo

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V. - Niedersachsenszweig
3 Hannover-Kleefeld, Kaulbachstr. 25

21. Juli 1972

Herrn
Josef W. A b 1 1 e a h
55A Hillel St.
Haifa - 33728 (Israel)

Sehr geehrter Herr Abileah!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief vom 4.6.72 und für die Drucksache. Ich glaube, wenn man in dieser unheilvollen Welt heilvoll wirken will, dann muß man wie Sie einen kühlen Kopf und ein warmes Herz sowie eine beredte Zunge haben. Außerdem muß das Gewissen von Wertvorstellungen nicht nur einer Gruppe einer Nation geprägt worden sein, sondern von den Einsichten und Weisheiten aller bzw. vieler Nationen.

Die Konzentration auf den Einzelmenschen aus einer Gesamtschau, das ist es, was den heutigen streitbaren Ideologen fehlt. Pastor Wilhelm Mensching, der Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes, den ich noch in den Jahren 1957 und später erleben durfte, war von dieser Gesamtschau geprägt und von dem Gedanken beseelt, daß in jedem Menschen etwas Gutes steckt, auch in dem Verbrecher.

Zum erfolgreichen Handeln im innerpolitischen Problemlösungen auf nationaler und internationaler Ebene gehört es einmal, den einzelnen Individuen Mut zu machen und die sachlichen Zusammenhänge und Ursachen der menschlichen Nöte und Katastrophen zu durchleuchten.

Ich selber schätze meine diesbezüglichen Fähigkeiten nicht besonders hoch ein, glaube aber trotzdem erkennen zu können, daß sowohl Sozialisten als auch Liberale einerseits und Nationalisten und Internationalisten andererseits oft an den Problemen vorbeidiskutieren.

Sicher kann man im Verbund mit anderen Menschen zu besseren Ergebnissen kommen, wir haben daher hier bei uns die Freigesellschaftliche Akademie * gegründet, die ein Ort der Ermutigung und der Ideenproduktion werden soll. Leider kann ich nicht wie Sie in mehreren Sprachen sprechen und denken, so daß meine Mitgliedschaft in Ihrer Gesellschaft für Nah-Ost-Konföderation sehr wenig sinnvoll ist. Auch bemühe ich mich in der Gewerkschaft (DAG) und der Partei (FDP) redlich ab, um ein bißchen an einem echten Fortschritt mitzuwirken. Der Broterwerb läßt wenig Zeit für politische und kulturelle Arbeiten. Auch der friedlichste Mensch muß, ob er will oder nicht, für Kriege und andere sinnlose Dinge arbeiten.

Auf jeden Fall werde ich das Programm vom Internationalen Freundschafts-

heim besorgen, und ich hoffe, einen Abend oder einen Tag dorthin kommen zu können. - Vielleicht können Sie ja auch einen Vortrag innerhalb unseres FAN-Programmes halten, sofern wir bis dahin schon mit der Arbeit begonnen haben.

In der Hoffnung, daß Ihre Arbeit inzwischen Früchte getragen hat und Sie bei guter Gesundheit sind, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

gez. TA

* Die Einrichtung für allgemeine und politische Erwachsenenbildung wurde unter dem Namen „Freie Akademie Norddeutschland“ gegründet. Wir nahmen die Namensänderung vor, weil es unter den ursprünglich vorgesehenen Namen schon eine ähnliche Einrichtung gibt.

(Abschrift und Anmerkung vom August 2019

Zu einer persönlichen Begegnung ist es leider nicht gekommen. Ob J. W. Abileah Jude oder Araber ist (war) , war mir in der Zeit der Korrespondenz nicht bekannt und schien mir damals auch nicht von Bedeutung zu sein. Was mir wichtig war, war die Tatsache, dass Leute aus beiden Konfliktparteien zusammen nach einer tragfähigen Lösung suchten.)

00000000

Ich habe überlegt, in welchem der in meinem Bestand befindlichen Bücher ich eine Hilfe für meine Argumentationslinie finden könnte. Mein Blick viel auf „Mein Freund der Feind“ von Uri Avnery. Ich schlug dann sein Buch „In den Feldern der Philister“ auf und bemerkte meine Markierung bei einer Textstelle. Ich zitiere sie nachfolgend, weil sie an die Gedanken über eine Föderation in Nah-Ost anschließen und außerdem beweisen, dass nicht nur Hass das Geschehen in Israel bestimmt.

Während des Krieges verfasste ich gelegentlich auch politische Artikel, in denen ich meine damaligen Gedanken zusammenfasste. In einem solchen Artikel schrieb ich gegen den Hass auf die Araber, den einige Leute hegten. Ich sagte darin, wir seien eine »Armee der Liebe« - der Liebe zu den Kameraden und der Liebe zum Land - und keine Armee des Hasses. In einem anderen Artikel schlug ich unter der lateinischen Überschrift »Pax Semitica« eine israelisch-arabische Föderation vor, von Marokko bis zum Irak. Die Mitarbeiter von *Yom Yom* meinten, diese Artikel seien für eine Abendzeitung zu ernst, und gaben sie an die Redaktion von *Haaretz* weiter. Dort erschienen sie dann.

Uri Avnery, Seite 10 „In den Feldern der Philister“

Ich hielt dann „Dieses Jahr in Jerusalem / Theodor Herzl / Traum und Wirklichkeit“ von Luc Jochimsen in der Hand. Hier kann man nachlesen, wie eine große Idee durch die Verwirklichung zerfleddert wurde. Hier eine Aussage über Herzls Denken:

Text 164.2 August 2019 - 22 - TA. Zwischenbemerkungen

Dieses »internationale« Jerusalem ist das Symbol der Staats-Toleranz. »Zion ist nur dann Zion, wenn Duldung herrscht«, heißt es im Roman. Und im Tagebuch verfügte Herzl unter dem 6. August 1899: »Mein Testament für das jüdische Volk: Machet euren Staat so, daß sich der Fremde bei euch wohl fühlt.« In »Altneuland« gibt es keine Rassengegensätze. Die Araber leben mit den Juden in Frieden und Freundschaft. Und wieso? In Herzls Utopie haben sie durch die Einwanderung der Juden nur gewonnen. Als erstes haben sie überflüssiges Land gut verkauft. Zweitens fanden ihre Armen bei den Aufbauarbeiten bestens bezahlte Arbeit. Drittens verbesserten die moderne Infrastruktur und die florierende Wirtschaft auch ihre Dörfer und Ländereien. Soweit die Vision im Roman. Sie entspricht Herzls fester Überzeugung. (S. 176)

Aus „Mein Leben – USA – Europa – Israel“ von Nahum Goldmann habe ich schon in anderen Texten zitiert. Ein Dutzend weiterer Bücher zu diesem Thema stehen bei mir im Regal. Ich habe sie mir noch lange nicht alle erschlossen. Da ich ein langsamer Leser bin, das Ende meiner Lebenslaufzeit schon sichtbar ist und diese Literatur mit anderer konkurriert, stehen sie als Markposten an einer Stelle, die ich mehrmals am Tag passiere. Ich habe dann zu „Schuld und Sühne im Gelobten Land / Israels Sonderrolle im Schutz der westlichen Welt“ von Marcel Pott gegriffen. Ich bringe drei Ausschnitte. Das Buch ist 2002 erschienen, daher hat Marcel Pott den Regierungschef Ariel Sharon im Blick und nicht den heutigen, Benjamin Netanjahu. Es folgen die Ausschnitte vom benannten Buch.

Die doppelte deutsche Verantwortung

Bei einem Treffen zwischen dem israelischen Regierungschef Ariel Sharon und dem deutschen Außenminister Joseph Fischer Ende Mai 2002 in Jerusalem sagte Sharon über seinen Gast, Fischer vertrete ein Land, das »Israel sehr freundschaftlich« gesinnt sei. Fischer antwortete, »Israel könne sich auf Deutschland verlassen«, das aus »seiner Geschichte gelernt« habe. An anderer Stelle betonte der Außenminister, aus der deutschen Verantwortung für den Holocaust ergebe sich das »Sonderverhältnis zwischen Deutschland und Israel«: »Es gründet auf der Unantastbarkeit des Existenzrechts des Staates Israel und seiner Bürger.« Fischer unterstreicht mit diesen Worten das, was andere deutsche Außenminister vor ihm als Leitlinie beherzigt haben, seitdem Konrad Adenauer und David Ben Gurion vor fünfzig Jahren die Grundlagen für das komplexe und lange Zeit schwierige Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel schufen.

Sind damit Wesen und Inhalt der deutsch-israelischen Beziehungen auch heute ausreichend bestimmt? (Seite 64 f.)

Die Hervorhebung ist von mir. Meine Antwort auf diese Frage ist ein Nein, denn ein Ja würden uns zu den größten politischen Heuchlern dieses Jahrhunderts machen. Marcel Pott schreibt weiter:

Dazu äußert sich Karl Lamers freimütig in einem Gespräch, das ich mit ihm im Frühjahr 2002 geführt habe, als er noch außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag war:

»Hunderte von Jahren haben die Europäer es den Juden verwehrt, sich zu integrieren. Immer wieder waren sie Opfer brutaler Unterdrückung und blutiger Pogrome, bis der Holocaust schließlich zum unvorstellbaren Höhepunkt der Judenverfolgung wurde. Deshalb haben wir eine unabweisbare Verantwortung für die Existenz des Staates Israel, für seine Sicherheit und für seine Zukunft. Wir sind jedoch auch verantwortlich für die Folgen, die die Gründung Israels nach sich zog. Zu diesen Folgen zählen die palästinensischen Flüchtlinge und das Schicksal des palästinensischen Volkes.

Aber diesen Teil unserer Verantwortung verdrängen wir bis heute. Wir dürfen nicht wegen unserer Schuld in der Vergangenheit schweigen und uns dadurch weiter schuldig machen. ... (S. 65)

Ich will hier nur zu der verwehrt Integration Stellung nehmen und eine Korrektur der Sicht mit Worten von Nahum Goldmann vornehmen. Nach dem, was ich gelesen habe, sind Juden immer wieder vom Zugang zu ehrlichen Berufen mit religiösen Motiven ausgegrenzt worden. Eine Übersicht darüber wann, wo und wie lange kenne ich nicht. Ich habe schon geschrieben, dass die Juden dadurch in das Geschäft mit dem Geld und den Handel gedrängt wurden. Sie mussten schließlich auch von irgend etwas leben. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, dass die religiösen Motive der Christen nur vorgeschoben wurden und es sich in Wirklichkeit um die Konkurrenzabwehr in Situationen der Unterbeschäftigung ging. Man sollte mal eine Korrelation zwischen den Zeiten von Restriktionen gegenüber den Juden und ihren Verfolgungen und den wirtschaftlich guten Konjunkturen herstellen, denn allgemein kann man sagen, das die Menschen toleranter und großzügiger in Zeiten sind, wo sie in keiner wirtschaftlichen Bedrängnis sind. Gute und schlechte wirtschaftliche Konjunkturen hängen aber eng mit dem bisherigen Geldsystem zusammen. Diese Zusammenhänge wurde aber durch die Jahrhunderte bis heute nicht verstanden. Da die Juden aber – zuerst vermutlich nicht aus Neigung, sondern aus einer Notwendigkeit heraus – im Geldgewerbe eine dominante Rolle und zudem bevölkerungsmäßig eine Minderheit spielten, war es ein leichtes ihnen die Sündenbockrolle zuzuweisen. Aber die Nichtintegration hat auch einen anderen Grund und darüber berichtet Nahum Goldmann:

Auch das Ghetto ist, wie viele Historiker behaupten, von den Juden freiwillig geschaffen worden. Die Ghettos von Venedig und anderen Städten wurden von den nichtjüdischen Autoritäten nur bestätigt und legalisiert. Die jüdische Sonderexistenz war für die Juden eine psychologische Notwendigkeit, um an ihrem Glauben als auserwähltes Volk festhalten zu können, was ihnen kaum hätte gelingen können, falls sie zerstreut inmitten der anderen Völker gelebt hätten. Hauptsächlich aus freiem Willen lebten also die Juden

sozusagen am Rande der Weltgeschichte. Kriege, Revolutionen, Dynastiewechsel in der nichtjüdischen Welt interessierten sie nur vom Standpunkt ihrer Rückwirkung auf ihre eigene Situation. (Mein Leben ... Seite 18 f.)

Hier liegt vielleicht der Grund dafür, dass die politisch dominierenden Kräfte in Israel ihren Staat gegen nichtjüdische Einwanderer abschotten und dass ihre Vorstellung vom auserwählten Volk von außen betrachtet den Charakter eines ausgeprägten Nationalismus hat. Aber kann man das den Israelis kritiklos zugestehen, wenn in anderen Ländern das Bedürfnis nach Identität als politisch abwegig oder gar als Rassismus verworfen wird?

Ein letzter Auszug aus dem Buch von Marcel Pott. Es geht um das Agieren von Ariel Sharon und um die sich wandelnde Reaktionen darauf.

... Die Kritik, die überall in Europa und schließlich auch in Deutschland an Ariel Sharon geübt wurde, richtete sich besonders gegen seine Politik der verbrannten Erde und die eklatanten Rechtsverletzungen der israelischen Truppen. Hieran erkannte man, dass Sharon entschlossen war, den Konflikt noch weiter in die Eskalation zu treiben. Er spielte dadurch den militanten Friedensfeinden auf palästinensischer Seite vorsätzlich in die Hände, um auf deren Terrorbomben noch gnadenloser zurückschlagen zu können. ... Wie die Drahtzieher des unmenschlichen Terrorismus forcierte Sharon gezielt die Brutalisierung und Entmenschlichung des Konflikts mit verheerenden Folgen in der arabischen und in der israelischen Gesellschaft.

Darüber hinaus ist dem deutschen Publikum heute bewusster als früher, dass das Nahost-Problem strukturelle Ursachen hat. Das sagt der israelische Historiker Moshe Zuckermann schon lange. Er hat das mir gegenüber so formuliert: »Israel betreibt seit Jahrzehnten ein brutales Okkupationsregime und unterdrückt die Palästinenser, ganz abgesehen davon, dass es ihre nationale Selbstbestimmung verhindert. Jeder anständige Mensch muss das verurteilen. Wer es nicht tut, muss sich Rechenschaft darüber ablegen, von welchen heteronomen (zweckgerichteten, nicht dem Sittengesetz verpflichteten, d. V.) Motivationen er angetrieben ist. Die Frage der Solidarisierung steht zunächst nicht an, sondern lediglich die Feststellung, dass Israel an den Palästinensern ein historisches Unrecht begangen hat. Es mag ein historisches Unrecht sein, das sich aus der Monstrosität des in Europa Geschehenen speist, aber es lässt sich als Unrecht schlechterdings nicht wegdiskutieren. Dieses aus der Welt zu schaffen, erfordert die Überwindung des inzwischen festgefahrenen israelisch-palästinensischen Konflikts.«

Genau an diesem Punkt zweifeln viele Deutsche am Willen Sharons, ernsthaft nach einer Lösung zu suchen, die auch die Rechte der Palästinenser miteinbezieht. Klar erkennbar ist das an Sharons kategorischer Weigerung, auch nur eine einzige jüdische Siedlung in den besetzten Gebieten aufzulösen. Diese Haltung ist an die Ablehnung gekoppelt, einen lebensfähigen Staat Palästina an der Seite Israels nicht zu akzeptieren. Deshalb sind sehr viele Bürger der Meinung, Kritik an Sharons Politik aus deutschem Mund sei nicht nur legitim, sondern auch notwendig. Sie pochen als mündige Bürger und Demokraten auf das Recht, offen ihre Meinung zu sagen. Sie akzeptieren keinen Maulkorb aus falsch verstandener Solidarität mit Israel. Viele Deutsche verspüren heute ein tiefes Unbehagen, weil sie sich dem pauschalen Verdacht ausgesetzt sehen, antisemitisch zu sein, obwohl sie mit Sharon einen Politiker tadeln, der mit seinem menschenrechtswidrigen Vorgehen »den Westen diskreditiert« .

Sie wollen sich nicht auf dem Umweg über den Nahen Osten von der deutschen Geschichte verabschieden. Im Gegenteil, viele Deutsche kritisieren die Regierung Sharon, weil sie aus der Geschichte gelernt haben und sich verpflichtet fühlen, das Wort zu ergreifen. Denn sie sind davon überzeugt, dass Sharons Politik den Interessen Israels langfristig schadet.

Die Diskussion über den Nahen Osten muss in Deutschland endlich offen geführt werden. Sie lässt sich nicht länger mit dem überstrapazierten Hinweis auf das besondere deutsch-israelische Verhältnis unterdrücken. Es gibt in der Demokratie keine kritikfreie Zone. Das widerspricht dem Verständnis einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, die nicht daran vorbeikommt, sich auch mit unangenehmen Fragen kontrovers auseinander zu setzen. Das Beschweigen von Themen, die mit der historischen deutschen Schuld zusammenhängen und aus Furcht vor Missverständnissen ausgespart werden, schadet nur. Künstlich geschaffene Schutzräume nutzen keinesfalls den vermeintlich Geschützten. Sie fördern allenfalls Ressentiments, bewirken mithin eine Verstärkung schlafender Vorurteile.

Natürlich kommt es bei der Debatte über Israel auf den Ton und die Wortwahl an, die jede rhetorische Entgleisung ausschließen muss. Keinesfalls darf es unstatthafte Vergleiche zwischen dem israelischen Vorgehen in den besetzten Gebieten und der Vernichtungsmaschinerie der Nazis geben. Das käme nicht nur einer Banalisierung des Holocaust gleich, sondern löste auch sofort wieder den Reflex seiner Instrumentalisierung aus. Auch wenn das israelische Besatzungsregime gegen die Palästinenser noch so brutal und unmenschlich agiert, bei den militärischen Operationen Israels handelt es sich nicht um einen Vernichtungskrieg. In Palästina geht es um die Unterdrückung eines Volkes, in der Tat. Es geht um den Bruch des Völkerrechts und die Verletzung der Menschenrechte, aber nicht um Völkermord. In der Maßlosigkeit der Anklage findet der Angeklagte nur die Chance der Exkulpation. ... (Seite84 f.f.)

Zusammenfassendes Urteil:

1.) Zur Meinungsäußerungen von Amtsinhabern: Wenn der Eindruck nicht verstärkt werden soll, dass die Sprache von Amtsinhabern und Mandatsträgern verlogen und heuchlerisch sei und obendrein das hohe Gut der Meinungsfreiheit nicht weiter gefährdet werden soll, dann muss es auch Personen der Öffentlichkeit möglich sein, ihre persönliche Einsicht und Wahrheit zum Ausdruck zu bringen. Es muss dabei aber erkennbar bleiben, wo die Amtsmeinung und wo die persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht wird. Glücklicherweise kann sich der Amtsinhaber schätzen, bei dem sich beide Äußerungsebenen decken. Und die Medien müssen sich bei ihrer Jagd nach Neuheiten, davor hüten die Funktion einer Sprachpolizei zu übernehmen.

2.) Zum Antisemitismus:

a) Die Bekämpfung des Antisemitismus durch die Demokraten ist unehrlich, weil sie die Beförderung des Nationalsozialismus durch ihr Politikversagen der Generation der Demokraten in der Weimarer Republik immer noch ausklammern und sich selbst dadurch den Status des guten Deutschen verschaffen wollten und wollen. Ihr einseitiger Einsatz für die Israelis erzeugt eine schizophrene Moral. Eine Politik des Nationalismus und des Identitarismus wird in Deutschland verteufelt aber in Israel indirekt gefördert. Bei dem Gebot „Alle Menschen sind gleich an Rechten.“ wird bei den Isrelis ein Plus gesetzt und bei den Palästinensern ein

Minus. Die Volk-ohne-Raum-Politik der Nationalsozialisten wurde und wird zu Recht als anmaßend und als Raub des Rechts andere Menschen verurteilt. Man kann dann aber nicht eine vergleichbare Politik der Israelis gutheißen oder schweigend übergehen. Eine Politik, die quasi davon ausgeht, dass die in die Hitlerzeit und danach Geborenen automatisch die materiellen und ideellen Erb-Schuldner der Juden sind, kann auf Dauer nichts anderes befördern als den Antisemitismus. Ebenso ist die mangelnde Aufklärung über die ökonomischen Ursachen des Unfriedens in der Welt ein Förderprogramm für den Antisemitismus.

b) Die Gegnerschaft zum Antisemitismus der Antifaschisten empfinde ich – so wie ich ihn erlebt habe – als aufgesetzt. Mit ihrem eigentlichen Ziel, die Diktatur des Proletariats – was sie immer darunter verstehen mögen – können sie in der Öffentlichkeit keinen Blumentopf gewinnen. Aber mit ihrem angeblichen Kampf gegen den Antisemitismus haben sie Zugang zu der Öffentlichkeit als Bühne. Außerdem eignet sich dieses Thema gut, um Andersdenken- de ins politische Aus zu stellen. Ich will nicht ausschließen, dass unter den Antifa-Mitgliedern auch solche sind, die wirklich das vorgetragene Anliegen ernst und ehrlich meinen. Und in keinem Fall meine ich, dass sich bei ihnen eine politische Bosheit austobt. Sondern ich denke, dass sie Opfer einer problematischen Ideologie sind, die im nachfolgenden Zitat von Lenin sichtbar wird:

"Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man u n b e d i n g t aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste, vorsichtigste selbst den kleinsten 'Riß zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen."

Anne Hallensleben dokumentiert es in ihrer Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? Von 1984. (S. 92) Der Kommuniste Bund hatte es in einer Stellungnahme zu ihrer Haltung zu Wahlen ab.

Nach der grundsätzlichen Feststellung, daß das Parlament zu den bürgerlichen Staatsinstrumenten gehört, die zerschlagen werden müssen, wird diese Aussage

mit einem ⁸ Leninzitat eingeschränkt: 'Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Organisationen zu arbeiten.'

Die Kreuzkirche in Dresden

Die Fahrt in einer Familienangelegenheit nach Dresden war einer der Gründe, warum ich meine Arbeit an dem Text zum Thema Verfassung unterbrechen musste. Meine Frau mochte nicht alleine fahren, was ich – innerlich etwas widerwillig - akzeptierte. Im Nachhinein muss ich sagen, diese Fahrt war für mich eine Bereicherung. Ich will hier nur von den Gedanken berichten, die mir bei der Besichtigung der Kreuzkirche kamen. Als ich gefragt wurde, was ich denn gerne besichtigen würde, habe ich sinngemäß geantwortet: „Das, was mir gezeigt wird!“ Ich war nämlich gedanklich gar nicht auf Stadtbesichtigung ausgerichtet und habe gedacht in einer Stadt wie Dresden kann jeder Stein eine Geschichte erzählen. Meine Frau – die schon bei einem anderen Aufenthalt in Dresden die Altstadt aufgesucht hatte – steuerte gezielt auf die Kreuzkirche und danach mit Zwischenstationen auch die Frauenkirche zu. Ich war erst verwundert, weil meiner Frau der Kirchenglaube schon vor längerer Zeit abhandengekommen ist und sie sonst Kirchenbesichtigungen nur aus Gefälligkeit mitmacht. Ich selber bin schon in den fünfziger Jahren aus der evangelischen Kirche ausgetreten, weil ich feststellte, dass ich dem Glaubensbekenntnis nicht zustimmen konnte. Als dann der Notar in Bremen seine Gebühren für Beurkundung des Austritts nach den eingesparten Kirchensteuern berechnete, war ich gekränkt, weil es mir nicht um deren Einsparung dieser Beiträge ging, sondern um eine ehrliche Haltung. Ich habe neulich noch in der (leeren) Kirche gesessen, in der ich getauft und konfirmiert wurde. Ich fühlte mich dort nicht fremd. Ich dachte auch an den „Krieg der Knöpfe“ während der ganzen Zeit als Konfirmand, in dem ich mich den ansässigen Konfirmanden unterwerfen sollte. Mit Hilfe von katholischen Schulkameraden habe ich diese Auseinandersetzung zu meinen Gunsten entschieden.⁹

Die Frauenkirche war mir noch aus den vielen Berichten über ihren Wiederaufbau in Erinnerung. Das Interesse an der Kreuzkirche wurde erst richtig wach, als mir – vermutlich durch eine Bemerkung meiner Frau - ihr Zusammenhang mit der Wiederver-

⁸ (Mit dem obigen Zitat / Reihenfolge geändert. TA)

⁹ Ich selbst mit 4 weiteren Schulkameraden kam aus einem katholischen Dorf, was auch nicht ohne Probleme war.

einigung bewusst wurde.¹⁰ Die Frauenkirche beeindruckt durch die Pracht der Innenausstattung, emotional hat mich aber die Kreuzkirche in ihrer inneren Schlichtheit mehr berührt. Das Motto „**Brücken bauen, Versöhnung leben, Glauben stärken**“ gilt wohl für beide Kirchen. Als Aufforderung an den einzelnen Christen ist die Botschaft durchaus sinnvoll, aber können die Kirchen als Großorganisationen, die in allen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die die Geschichte zu verzeichnen hat und auch Teil aller heutigen gesellschaftlichen Widersprüche sind, wirklich glaubhaft Brückenbauer und Versöhner sein? Schon die Aufforderung, den Glauben zu stärken, steckt voller Schwierigkeiten. Dass der Mensch auf seine Fähigkeit zum Glauben angewiesen ist, ist leicht einsehbar, weil auch der Klügste feststellen kann, dass sein Wissen zu gering ist, um nicht auf den Glauben ausweichen zu müssen. Der Glaube beginnt doch schon mit der Vermutung über einen Sachverhalt und entwickelt sich über die begründete Annahme bis hin zur Gewissheit, ohne dass wir die Sicherheit gewinnen, etwas naturgesetzlich Richtiges gedacht zu haben. Der Glaube der Religionen geht über das Alltägliche hinaus, aber was nützt einem eine Religion, wenn sie keine Hilfe für den Alltag ist. Jesus wird von den Christen als Friedensfürst gefeiert, aber schon über 2000 Jahre wird die Friedensbotschaft von denen verraten, die sich Christen nennen. Warum soll das auch nur für die nächsten hundert Jahre anders werden? Wenn ich mich richtig erinnere, habe ich der Ausstellung über jüdisches Leben in Deutschland in der Kreuzkirche ein Bild gesehen, auf dem ein Uniformierter abgebildet war, auf dessen Koppelschloss die Worte „Mit Gott“ eingeprägt waren. Soll der christliche oder ein anderer Gott nicht immer noch helfen, den anderen umzubringen, bevor man selber umgebracht wird. Wenn man von einem Schöpfergott ausgeht, dann hat er den Menschen sowohl die Fähigkeit zum Glauben wie zum rationalen Erkennen mitgegeben. Die Frage ist dann, ob dann die Vergewaltigung der Erkenntnisfähigkeit durch Glaubensvorstellungen, die diese Gottesgabe verachten und damit eine Gotteslästerung wären, wirklich eine Hilfe für die Menschen sind, damit diese ihren Alltag und ihr Leben mit etwas mehr Lebensfreude bewältigen können?

Ist Friede ohne Aus- und Abgrenzungen zwischen den theistischen Religionen – Ju-

¹⁰ Hier ein Hinweis auf folgendem Beitrag: „*Religion und Staat Die Kirchen und der Herbst 1989 / Welche Beziehung hatten die Kirchen in der DDR zum Staat: Wo mischten sie sich ein, wo schwiegen sie? Und welche Rolle spielten sie schließlich im Herbst 1989?*“ <https://www.mdr.de/zeitreise/stoebern/damals/artikel190058.html>

dentum, Christentum und Islam – überhaupt möglich, solange gilt, was Nahum Goldmann schreibt:

In seiner Lebensform und in seinem Schicksal war das jüdische Volk ideologisch und faktisch meist ein Störenfried für die übrige Welt. Die entscheidende Idee, die das Judentum geschaffen hat, die Vorstellung des einen Gottes für die gesamte Welt, vielleicht die größte und revolutionärste Idee der Menschheit, ist noch heute in ihrem Charakter nicht voll gewürdigt. Sie ist in ihrer gewaltsamen Exklusivität gewissermaßen unnatürlich und scheint der Menschheit, die sie zum größten Teil übernommen hat, irgendwie aufgezwungen. Vor der Konzeption des jüdischen Monotheismus hatte jedes Volk, jede Einzelstadt und Einzelgruppe seine Götter, was einfach natürlich und unkompliziert war. Der Gedanke, daß ein Gott die gesamte Menschheit geschaffen hat und für die Vielfalt aller Völker, Nationen und Rassen der gleiche Gott ist, ist die kühnste, revolutionärste, großartigste Idee, die ein Volk oder seine religiösen Führer je formuliert haben. ...

... Eine Reihe von Schriftstellern und Ideologen haben den Antisemitismus zum Teil darauf zurückgeführt, daß die nichtjüdische Welt sich unbewußt für den Monotheismus rächen wollte, der ihr aufgezwungen worden war und der ihrem Charakter und ihrem Wesen widersprach. (Goldmann a.a.O. S. 14 f.)

Daraus ergeben sich für mich weitere Fragen.

a) Zur Aufforderung „Glauben stärken“:

Können Menschen an einen nicht fassbaren aber doch realen Gott glauben und gleichzeitig sich eingestehen, dass dieser Gott menschlichem Geist entsprungen ist. Oder anders gefragt: Ist eine religiöse Rückbindung des Menschen – die ihn in Belastungssituationen trägt – ohne eine Gottesvorstellung möglich? Eigentlich hält das zweite Gebot es für möglich, denn es lautet:

„Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem, was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist: Bete sie nicht an und diene ihnen nicht!“

Aus dem Buch Exodus

Das Gebot hat hier eine Schutzfunktion für den biblischen Gott vor der Konkurrenz. Aber das Gebot – wenn es Sinn haben soll – geht doch davon aus, dass die Gläubigen sich einen Gott vorstellen können, der keinen Begriff hat. Ich halte diese Forderung zwar für eine Überforderung, denn wenn der Mensch ein Wort vernimmt, hat er schon einer Vorstellung vom Inhalt oder er füllt das Wort mit einer eigenen Vorstellung aus, die zu einem Begriff reifen kann.

Dieses sind keine Sätze für den Religionsunterricht, sondern Überlegungen, wie man Religionen friedensstauglich machen kann oder ihren Missbrauch als Motivationsmunition für krie-

gerische Auseinandersetzungen und als Grund für Verfolgung und Tötung vermeiden kann. Abweichungen in den Vorstellungen über Gott waren schon immer die Ursache für Mord und Totschlag. Um eine friedliche Welt zu gestalten, in der die Menschen auch eine religiöse Rückbindung haben könnten, bräuchten wir Religionen, die sich durch andersartige Religiosität bereichert fühlen würden.

b) Zum Brückenbauen im Geistlichen und Geistigen gehört auch Toleranz. Toleranz kann sich aber nur da entwickeln, wenn Raum für den Zweifel an der eigenen Religion und Gottesvorstellung da ist. Wenn ich z. B. das Verhältnis von Katholiken und Protestanten im Oldenburger Münsterland nach dem Zweiten Weltkrieg zum Maßstab nehme, dann muss ich nein sagen. Wenn die Verhältnisse in der Gemeinde – zu der mein Geburtsort gehört – heute betrachte, dann komme ich zum Schluss, dass es heute eine Betonung des Gemeinsamen gibt. Die Katholiken, Evangelischen und Baptisten geben gemeinsam ein Blatt mit dem Titel *DIE BRÜCKE* heraus. Der Wandel ist sicher auch durch die Flucht der Gläubigen aus ihren Kirchen, der Druck auf die Verbliebenen ausübt, möglich geworden.

Zu beobachten ist, dass die Kirchen sich leichter füllen, wenn die Menschen individuell oder kollektiv in Not sind und die gleichen Menschen dann Kirchen meiden, wenn es ihnen besser oder gut geht und sie sich selber helfen können. So voll wie vor und in der Wendezeit wird die Kreuzkirche in Dresden heute wohl selten sein. Können die Funktionsträger in den Kirchen sich auf Dauer eigentlich für eine Verbesserung der Menschen in der jeweiligen Gesellschaft einsetzen, wenn diese nach erfolgreicher Hilfe als Dank dafür den Kirchen den Rücken kehren? Wer hilft denn gerne, wenn er als Dank für die erbrachte Hilfe in den Hintern getreten wird? ¹¹

Mir kam dann auch die Frage, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen dem guten Besuch der Moscheen und dem noch starken Glauben der Moslems daran, dass ihnen ihre Glaubensgemeinschaft sie von ihrer politischen und wirtschaftlichen Not befreit? Und hält diese Verbindung auch nur solange, wie es den Moslems schlecht geht. Solange sie eine Minderheit in einer Gesellschaft sind, vermute ich, dass die Frage mit Ja beantwortet werden kann. Das

¹¹ Ich habe hier nicht die Caritas und Diakonie im Sinn. Diese Dienste muss man wohl gesondert betrachten. Ich fürchte, das hier das Wort Nächstenliebe nur die Profitabilität eines Geschäftes oder ein Feld der Einflussmöglichkeit auf die Gesellschaft durch die Kirchen verschleiert, bei dem es heißt, ohne Kostenträger keine Hilfe. Das ist keine Vermutung, die diffamieren will, sondern zur Wachsamkeit mahnt. Wir haben es hier mit einem oligopolistischen Markt für soziale Dienstleistungen zu tun.

Missionarische ist im Islam noch stärker ausgebildet als bei den Christen. Und da liegen die Konfliktstoffe.

In der Kreuzkirche sind auch zwei Ausstellungen zu sehen. Die Bilder, die die Zerstörung der Kirche und Dresdens zeigen, gehören vermutlich zu einer Dauerausstellung. Über die zeitlich begrenzte Ausstellung über jüdisches Leben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist im Netz zu lesen:

Nicht die Erfahrung schafft den Begriff des Juden, sondern das Vorurteil fälscht die Erfahrung. Wenn es keinen Juden gäbe, der Antisemit würde ihn erfinden.

Jean-Paul Sartre, 1946

Das Leben jüdischer Menschen in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde begleitet und zunehmend geprägt von stark anwachsendem Antisemitismus, der sich durch die nationalsozialistische Rassenlehre einen wissenschaftlichen Anstrich und damit ab 1933 die rechtliche Legitimität gab, diese Menschen nach und nach aus der Gesellschaft auszuschließen und am Ende zu ermorden.

Mit der Ausstellung sollen der unvorstellbaren Zahl der Opfer Gesichter und Stimmen zurückgegeben und von ihrem Alltag erzählt werden. Und es wird daran erinnert, wohin es führt, wenn sich in einer Gesellschaft Kälte und Gleichgültigkeit durchsetzen.

Eine Ausstellung der Friedensbibliothek und des Antikriegsmuseums der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

<https://www.kreuzkirche-dresden.de/kirche/ausstellungen/der-gelbe-stern.html>

Die Ausstellung ist beeindruckend und bedrückend, zeigt sie doch, wie vielfältig jüdisches Leben in Deutschland möglich war und wie nach und nach dieses Leben sich verdüsterte. Das Zitat von Sartre ist insofern richtig, als Völker in Bedrängnis die Neigung haben, die Schuld für die Zustände in ihrer Gesellschaft auf Minderheiten abzuladen. Wenn auf den ersten Blick keine für diese Zwecke brauchbare Minderheit vorhanden ist, wird eine neue ausgeguckt. Das ist aber nur möglich, wenn den Menschen in den betreffenden Gesellschaften, über die Ursachen, die den Zuständen zugrunde liegen und erleben und erleiden, keine sachgerechte Aufklärung gewährt wird und dieser Mangel nicht in einer vielfachen Selbstaufklärung überwunden wird.

Die Bemühungen der Friedensbibliothek und des Antikriegsmuseums um Aufklärung sind erfreulich, aber doch unzureichend. Im Grunde wird das Erklärungsmuster, das im Zeitablauf nur andere Namen hat wie > die Juden, die Freimaurer, die Nationalsozialisten, die Kommunisten, die Neoliberalen sind an all dem Geschehen Schuld < mit solchen Ausstellungen nicht überwunden, sondern diese übernehmen die Funktion der Prediger auf den Kanzeln in vergangenen Zeiten, die den Gläubigen eindringlich sagten, dass das, was ihnen widerfährt, die Strafe für ihre Sünden sei. Sie müssten sich läutern, sonst drohe ihnen noch Schlimmeres in der Zukunft. Das hat in der Vergangenheit und Gegenwart eine Selbstgeißelung in Form von Schulbekenntnissen ausgelöst. Diese erzeugen aber auf Dauer einen Selbsthass. Dieser Selbsthass macht aber die Befolgung des Gebotes „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst!“ unmöglich, denn die Logik des Spruches ist: Wer sich nicht selbst lieben kann, kann auch den anderen nicht lieben. Irgendwann fragen die Menschen, die sich schuldig fühlen, „Warum geißele ich mich eigentlich?“ „Ich habe doch immer nach dem Guten gestrebt?“ „Warum wird das Leid nur der anderen beachtet und nicht jenes, was ich erlitten habe?“ Und dieser Druck, der da von gutgemeinten Aufklärungskampagnen aufgebaut wird, sucht dann nach einer Entlastung, die dann häufig in Gedankengängen und Verhaltensmustern gesucht wird, die durch die gutgemeinte aber unzureichende Aufklärung verhindert werden soll.

Bei der Aufforderung, die Ursachenkette des grauenvollen Geschehens in und durch Deutschland unter der nationalsozialistischen Herrschaft genauer zu erkennen und zu erforschen kann es nicht darum gehen die Verbrechen der Nazis und die Leiden der Juden und der Kriegsgegner Deutschlands kleinzureden. Sondern es geht darum die Wirkungen von Institutionen (dazu gehören auch Rechtsnormen) Verfahren des wirtschaftlichen Verkehrs und auch innere Einstellungen der Menschen zu betrachten, über ihre Auffälligkeiten zu berichten und das Gefundene zu gewichten.

Es ist doch bekannt, dass die Geschichtsschreibung meistens im Sinne der Interessen der Sieger ausfällt. Eine solche Geschichtsschreibung kann keine Basis für einen gerechten und dauerhaften Frieden sein. Wenn in einer Familie oder in einer Gruppe von Menschen etwas schiefläuft, dann ist es selten so, dass dafür nur das Verhalten einer Person die Ursache ist. Genauso ist es in der Völkerfamilie. Auch war der Antisemitismus keine alleinige deutsche Erscheinung, sondern war in der ganzen westlichen Welt zu Hause. Dass er wieder erstarkt, zeigt, dass sein Abbau nicht richtig angegangen wurde. Bei allem Leid, was den Juden zuge-

fügt worden ist, es darf die Frage nicht tabuisiert werden, ob Verhaltensformen von ihnen und / oder Taten oder Unterlassungen einzelner Mitglieder ihres Volkes oder Organisationen dieser Gemeinschaft das schreckliche Geschehen mit befördert haben. Selbst die Frage, ob der Kampf der Alliierten gegen das Hitlerregime, das Böse in der Nazipolitik nicht letztlich potenziert hat, muss erlaubt sein. Den Verhungerten in den Konzentrationslagern stellt sich nicht mehr die Frage, warum sie verhungert sind. Aber für die Nachgeborenen ist es moralisch ein großer Unterschied, ob eine Nahrungsverweigerung als Mordwaffe eingesetzt wurde oder weil die nicht eingesperrten Deutschen und Ausländer auch hungerten, weil die Gegner Deutschlands in diesem wahnsinnigen Krieg die Versorgungswege zerbombt haben. Der Vater eines Freundes im Geiste, der im KZ saß, weil er Kommunist war, wurde auf einem Transport von einer englischen Fliegerbombe getötet. Im Zivilleben gilt, dass ein Mörder nicht ohne Gerichtsverfahren ermordet werden darf. Im Krieg gilt das gegenseitige Morden als selbstverständlich. Die siegreichen Mörder werden dann als Helden gefeiert. Und die Verlierer sind dann automatisch Verbrecher.

Für eine kurze Zeit in der neueren Geschichte konnte man den Eindruck haben, das Ungeheimte und das Hässliche innerhalb und zwischen den Völkern hätten wir hinter uns und es beginne ein neues Zeitalter. Es wurde sogar vom Ende der Geschichte gesprochen und geschrieben:

Der Begriff **Ende der Geschichte** ([englisch](#) *End of History*) wurde vom [Politikwissenschaftler Francis Fukuyama](#) durch einen Artikel und ein Buch mit diesem Titel (*The End of History and the Last Man*, 1992) popularisiert und führte zu Kontroversen bis in die Leitartikel diverser Zeitungen. Fukuyama wiederholt insbesondere Gedanken, die [Alexandre Kojève](#) in den 1930er und 40er Jahren formuliert hatte. Dieser hatte eine sehr eigenwillige, in Frankreich aber epochale [Hegel](#)deutung vorgelegt. Hegels [Geschichtsphilosophie](#) führt tatsächlich zu einem Ende im Sinne einer letzten [Synthese](#), wo es keine weltpolitischen Widersprüche mehr gibt (siehe Artikel [Dialektik](#)).

https://de.wikipedia.org/wiki/Ende_der_Geschichte

Die Medien berichten uns jetzt täglich, dass diese Hoffnung getrogen hat. Die Friedensbewegten, die Kirchen und die Deutschen, die sich als die Guten definieren, glaubten, wenn sie die Schuld der Deutschen in der Vergangenheit in eine Art Religion umformen würden, dann könnte in der Zukunft von Deutschland aus kein Unrecht mehr in die Welt kommen. Das ist ein Irrtum, schon durch die mangelhafte Analyse des Zeitgeschehens der Zeit vor und nach Hitler und die Art unseres Wirkens unserer Politik nach innen und außen, haben wir die Krie-

ge im Nahen Osten und die Flüchtlingsströme mit verursacht. Und bei dem Kurs, den das Schiff Deutschland / Europa jetzt einhält, wird die Humanität und der Fortschritt in Freiheit im Wasser des Zeitgeschehens überfahren und erneut ertränkt werden. Ich bin über eine E-Mail-Liste mit einem österreichischen Katholiken und einen süddeutschen Protestanten verbunden. Sie senden immer wieder Hoffnungssignale aus in dem sie auf die Möglichkeiten, die ihre Kirchen für eine Verbesserung der Welt hätten. Diese sind aber meines Erachtens unrealistisch, denn diese kämpfen gegen ihren Bedeutungsverlust, können daher keine inhaltlichen Risiken eingehen und sind vollauf damit beschäftigt ihre inneren Widersprüche auszubalancieren. Als Beispiel sei die Militärseelsorge und die Pazifisten in der Friedensbibliothek und dem Antikriegsmuseum der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz genannt. Bessere Kirchenkenner als ich einer bin, könnten vermutlich 100 Konfliktfelder innerhalb der Kirchen berichten. Bischöfe und andere Würdenträger der Kirchen verbrauchen sicher ihre Kraft durch das Ausbalancieren der gegeneinander und auseinander wirkenden Kräfte. Es wäre ja gut und tröstlich, wenn es noch Institutionen gäbe, auf die man bei der Suche nach einem tragbaren Gesellschaftsmodell für die Zukunft hoffnungsvoll blicken könnte. Ich sehe eine solche nicht, auch nicht in der Kirche – egal welcher Konfession.

Ich wollte jetzt noch eine kleine Zitate-Reihe mit Hinweisen auf andere Ursachen, als allgemein diskutiert werden, folgen lassen. Mir ist aber eingefallen, das ich das schon in oder mit einem anderen Text geleistet habe. Wer daran ein Interesse hat, schaue im nachfolgenden benannten Text nach:

Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.

(Protokoll der Überlegungen zum Thema)

von Tristan Abromeit / Dezember 2018 / Text 160.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/160.1.Protokoll.der.Ueberlegungen.zum.Thema.Wirkungen.politischer.Leitideen.pdf>

Ich hoffe, jetzt meinen angefangenen Text 164.0 zur Verfassung in Ruhe weiter schreiben zu können. TA